



Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: September/september 2016 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Gesetz über strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen
- > Abfallgesetz

Steuern aktuell

- > Novellierung des Einkommenssteuergesetzes
- > Novellierung des Umsatzsteuergesetzes

Wirtschaft aktuell

- > Änderungen im Rechnungslegungsgesetz und den Buchführungsverfahren

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Zákon o trestnej zodpovednosti právnických osôb
- > Zákon o odpadoch

Dane

- > Novela zákona o dani z príjmov
- > Novela zákona o dani z pridanej hodnoty

Ekonomika

- > Zmeny v Zákone o účtovníctve a v Postupoch účtovania

Recht aktuell

- > Gesetz über strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen

Von JUDr. Ján Urbánek, Lenka Valková

Rödl & Partner Bratislava

Am 01.07.2016 trat das Gesetz Nr. 91/2016 Slg. über strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Perso-

nen in Kraft. Mit dem angeführten Gesetz wurde in der Slowakischen Republik die strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen eingeführt, wodurch die Slowakische Republik ihre Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben, erfüllt hat. Vor dem Eintritt der Wirksamkeit des betreffenden Gesetzes existierte nur die unechte strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen, in Folge welcher einer juristischen Person nur 2 Sanktionen auferlegt werden konnten, und zwar die Schutzmaßnahme der Beschlagnahme von Vermögensgegenständen bzw. eines Geldbetrags.

Mit Wirkung vom 01.07.2016 wird es jedoch unter Erfüllung von weiteren gesetzlich geregelten Bedingungen möglich sein, juristischen Personen folgende Strafarten aufzuerlegen:

- Strafe der Auflösung der juristischen Person,
- Strafe der Vermögenseinziehung,
- Strafe der Einziehung der Sache,
- Geldstrafe,
- Strafe des Tätigkeitsverbots,
- Strafe des Verbots, Dotationen oder Subventionen anzunehmen,
- Strafe des Verbots, Hilfe und Unterstützung, gewährt aus den Fonds der Europäischen Union, anzunehmen,
- Strafe des Verbots der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen,
- Strafe der Veröffentlichung der Verurteilung.

Das Gesetz enthält zugleich eine taxative Aufzählung von Straftaten, für die direkt die juristische Person verfolgt werden kann. Es handelt sich z.B. um folgende Straftaten: unberechtigte Beschäftigung, steuerliche Straftaten, unrechtmäßiger Umgang mit Abfällen, Annahme von Schmiergeldern, Bestechung, Legalisierung von Einnahmen aus strafbarer Tätigkeit, Schädigung des Verbrauchers, unlautere Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern usw.

Für die Verübung der angeführten Straftaten wird es möglich sein, direkt die juristische Person zu bestrafen, sofern diese zu ihren Gunsten, im ihren Namen, im Rahmen ihrer Tätigkeit oder durch sie verübt werden, falls

- a) statutarisches (handlungsberechtigtes) Organ oder Mitglied des statutarischen (handlungsberechtigten) Organs der juristischen Person,
- b) derjenige, der eine Kontrolltätigkeit oder Aufsicht im Rahmen der juristischen Person ausübt,
- c) ein Dritter, der berechtigt ist, die juristische Person zu vertreten oder für sie zu entscheiden oder
- d) falls eine Person gemäß Lit. a) bis c) durch unzureichende Aufsicht oder Kontrolle, zu denen sie verpflichtet war, die Verübung einer Straftat durch eine Person ermöglicht hat, die im Rahmen der Befugnisse gehandelt hat, die ihr von der juristischen Person anvertraut worden sind.

Das Gesetz über strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen novelliert zugleich mehrere Sondergesetze, u.a. auch das Gewerbegesetz. Gemäß den neuen Bestimmungen des Gewerbegesetzes werden Gewerbeabteilungen der Bezirksämter vor der Erteilung der Gewerbeberechtigung die Unbescholtenheit der juristischen Person prüfen, und zwar aufgrund des Führungszeugnisses/Auszugs aus dem Strafregister. Bei ausländischen juristischen Personen, die die Funktion des statutarischen (handlungsberechtigten) Organs bei slowakischen juristischen Personen ausüben, muss bei der Gewerbebeanmeldung auch das Führungszeugnis/Auszugs aus dem Strafregister der ausländischen juristischen Person vorgelegt werden.

> Abfallgesetz

Von **JUDr. Ján Urbánek, Lenka Valková**
Rödl & Partner Bratislava

Am 01.01.2016 trat das neue Gesetz Nr. 79/2015 Slg. über Abfälle und über Änderung und Ergänzung von einigen Gesetzen in Kraft. Die Übergangsbestimmungen haben jedoch die Wirkung von mehreren Bestimmungen des Gesetzes bis zum 01.07.2016 verschoben.

Die durch das neue Gesetz eingeführten Änderungen betreffen insbesondere Hersteller von ausgewählten Produkten, für welche das Gesetz eine erweiterte Herstellerverantwortung einführt. Als Hersteller von ausgewählten Produkten gelten dabei Hersteller von Elektroanlagen, Hersteller von Batterien und Akkumulatoren, Hersteller von Packungen, Hersteller von Kraftfahrzeugen, Hersteller von Reifen und Hersteller von Nichtverpackungsprodukten.

Die einzelnen durch das Abfallgesetz festgelegten Pflichten können entweder individuell oder kollektiv durch Organisationen der Herstellerverantwortung erfüllt werden, die an Stelle der berechtigten und kollektiven Organisationen gemäß dem ursprünglichen Gesetz treten. Die regelmäßig aktualisierte Liste der Organisationen der Herstellerverantwortung, denen das Umweltministerium die Autorisierung erteilt hat, ist auf der Webseite des Ministeriums abrufbar.

Das Gesetz führt für Hersteller von ausgewählten Produkten die folgenden Pflichten ein:

- a) Registrierung im Register der Hersteller von ausgewählten Produkten und Bekanntgabe der Änderungen von registrierten Angaben,
- b) Bestellung eines bevollmächtigten Vertreters, falls er den Sitz außerhalb der SR hat,
- c) Sicherstellung der Materialzusammensetzung des ausgewählten Produkts, seiner Konstruktion und Zeichnung,
- d) Erfüllung der Auskunftspflicht in Bezug auf die Öffentlichkeit und den Verarbeiter des ausgewählten Abfallstroms,
- e) Sicherstellung der Zielerfüllung gemäß Anlage Nr. 3 des Gesetzes,
- f) Sicherstellung der Verfügung über den ausgewählten Abfallstrom laut Gesetz,
- g) Sicherstellung der Verwertung und des Recyclings des ausgewählten Abfallstroms mindestens in Höhe der verbindlichen Ziele und Grenzwerte der Verwertung und des Recyclings für den ausgewählten Abfallstrom,
- h) Evidenz führen und aufbewahren und Angaben daraus im festgelegten Umfang dem Ministerium bekanntgeben und die bekanntgegebenen Angaben archivieren,
- i) Auskunftspflicht in Bezug auf die Endverbraucher der ausgewählten Produkte erfüllen,
- j) Kalkulation des Sammel- und Marktanteils aufgrund der Angaben, die das Ministerium auf der Webseite bis zum 30. April veröffentlicht,
- k) Sicherstellung der Abnahme der ganzen Menge des separat gesammelten Teils des Siedlungsmülls.

Ein Hersteller des ausgewählten Produkts, der im Herstellerregister gemäß Lit. a) nicht registriert ist, darf keine ausgewählten Produkte auf den Markt der Slowakischen Republik einführen, d.h. gemäß der neuen Rechtsregelung ist es notwendig, sich in das Herstellerregister noch vor der Einführung des ausgewählten Produkts auf den Markt zu registrieren.

Zu den schon angeführten Pflichten kommen für die Hersteller von ausgewählten Produkten mehrere spezifische Pflichten hinzu, die in Abhängigkeit von der Art des ausgewählten Produkts festgelegt werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass die individuelle Erfüllung von Pflichten für die Mehrheit der Gesellschaften nicht effektiv ist, ist die häufigste Art der Erfüllung von einzelnen Pflichten die Erfüllung mittels einer Organisation der Herstellerverantwortung. Der Hersteller des ausgewählten Produkts schließt in diesem Fall mit der Organisation einen Vertrag, wobei ihm aus dem Gesetz weitere Pflichten entstehen, und zwar:

- a) tatsächliche Kosten zu erstatten (angefallen im Zusammenhang mit der Sicherstellung von Sammlung, Transport, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Verwertung, Recycling, Verarbeitung und Beseitigung des getrennt gesammelten Abfalls)
- b) wahre und vollständige Angaben zu leisten

- c) unverzüglich jede Änderung der Angaben mitzuteilen
- d) auf Aufforderung Dokumente, die die Richtigkeit der geleisteten Angaben bezeugen, vorzulegen.

Die Verantwortung für die Erfüllung von ausgewählten Pflichten geht dabei bei der kollektiven Erfüllung auf die zuständige Organisation der Herstellerverantwortung über, mit Ausnahme der Pflicht, die Erfüllung von Zielen und Limits und Bewertung und Recycling sicherzustellen – in dem Fall verbleibt die Pflicht zwar beim Hersteller, die Sicherstellung findet jedoch durch die Organisation statt.

Neben dem oben Angeführten kommt es mir Wirkung zum 31.12.2016 zur Auflösung des Recyclingfonds. Die Pflichten des Herstellers und des Importeurs zur Beitragszahlung und Bekanntgabe von Angaben aus der Evidenz an den Recyclingfonds werden zum 30.06.2016 aufgehoben.

Das neue Abfallgesetz enthält ein breites Spektrum an Strafen für die Nichterfüllung der Pflichten des Herstellers, zum Beispiel für die Nichterfüllung der Registrierungspflicht kann eine Strafe von 1200,- bis 120 000,- Euro auferlegt werden. Der Umfang der Strafen ist in Abhängigkeit von der Schwere der Pflichtverletzung von 500,- bis 350 000,- Euro festgelegt.

Kontakt für weitere Informationen



JUDr. Ján Urbánek

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: jan.urbanek@roedl.sk

Steuern aktuell

> Novellierung des Einkommenssteuergesetzes

Von Peter Alföldi, Mária Jánošíková,
Rödl & Partner Bratislava

Im Zusammenhang mit der vorbereiteten Novellierung des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommenssteuer, die derzeit dem Gesetzgebungsverfahren unterliegt, möchten wir Ihnen gerne die vorgeschlagenen Änderungen näher bringen, die bei der Verabschiedung des Gesetzes in der vorgelegten Fassung ab 1. Januar 2017, bzw. ab 1. Januar 2018 in Kraft treten sollten.

Änderung des Körperschaftssteuersatzes

Durch die Novellierung wird beabsichtigt, **den Körperschaftssteuersatz von den jetzigen 22 % auf 21 %** zu senken. Der angeführte Satz wird erstmals in dem Besteuerungszeitraum angewendet, der frühestens am 1. Januar 2017 anfängt.

Besteuerung von Dividenden und sonstigen Einkünften

- > **Natürliche Personen** – bei natürlichen Personen wird Folgendes der Besteuerung unterliegen:
 - **Gewinnanteil (Dividende)** ausgezahlt aus dem Gewinn einer Handelsgesellschaft oder Genossenschaft, bestimmt zur Ausschüttung an Personen, die sich an ihrem gezeichneten Kapital beteiligen, oder an die Mitglieder des statutarischen Organs oder Aufsichtsorgans dieser Handelsgesellschaft oder Genossenschaft, und zwar auch falls sie Angestellte dieser Handelsgesellschaft oder Genossenschaft sind,
 - **Gewinnanteil (Dividende)** ausgezahlt von der Handelsgesellschaft oder Genossenschaft an den **Angestellten** ohne Beteiligung an dem gezeichneten Kapital dieser Handelsgesellschaft oder Genossenschaft,
 - **Anteil am Liquidationserlös** der Handelsgesellschaft oder der Genossenschaft,
 - **Abfindungsanteil,**
 - **Gewinnbeteiligung des stillen Gesellschafters,**
 - **ein Anteil des Mitglieds einer Grundstücksgemeinschaft** mit eigener Rechtssubjektivität an deren Erträgen und an dem zur Ausschüttung unter den Mitgliedern der Grundstücksgemeinschaft mit eigener Rechtssubjektivität bestimmten Vermögen,
 - **Anteil am Liquidationserlös einer Grundstücksgemeinschaft mit eigener Rechtssubjektivität.**

Sollten die oben angeführten Einkünfte an eine steuerlich in Inland ansässige natürliche Person, bzw. an eine steuerlich außerhalb der Slowakei ansässige natürliche Person ins Ausland **ausgezahlt werden**, so werden diese einer Besteuerung **durch die Quellensteuer in Höhe von 15 % bzw. in Höhe des im Doppelbesteuerungsabkommen festgesetzten Steuersatzes** unterliegen. **Eine Ausnahme bilden natürliche Personen, die in Nicht-abkommensländern steuerlich ansässig sind**, bei welchen diese Einkünfte mit **einer Quellensteuer in Höhe von 35 % besteuert** werden.

Falls solche Einkünfte eine natürliche Person **aus dem Ausland beziehen sollte**, so werden diese Einkünfte in der **Steuererklärung** als eine gesonderte Steuerbemessungsgrundlage mit einem Steuersatz in Höhe von **15 %**

oder 35 % besteuert (falls sie aus Quellen in Nichtabkommensländern bezogen werden).

- > **Juristische Personen** – bei juristischen Personen werden die oben angeführten Einkunftsarten (die gleichen wie bei natürlichen Personen) der Besteuerung nicht unterliegen, falls diese zwischen juristischen Personen im Rahmen der SR bzw. an/von Steuerpflichtigen aus Ländern ausgezahlt werden, mit welchen die SR ein Doppelbesteuerungsabkommen oder ein internationales Abkommen über Informationsaustausch abgeschlossen hat.
- > Der Besteuerung werden nur die oben angeführten Einkünfte unterliegen:
 - **bezogen** von einer juristischen Person mit Sitz (oder dem tatsächlichen Ort der Geschäftsleitung) auf dem Gebiet der Slowakischen Republik von einer juristischen Person, die in einem Nichtabkommensland steuerlich ansässig ist; diese Einkünfte werden **mittels Steuererklärung** als gesonderte Steuerbemessungsgrundlage mit einem Steuersatz **in Höhe von 35 %** besteuert.
 - **ausgezahlt** an eine juristische Person, die in einem Nichtabkommensland steuerlich ansässig ist, von einer juristischen Person, die den Sitz (oder den tatsächlichen Ort der Geschäftsleitung) auf dem Gebiet der Slowakischen Republik hat; diese Einkünfte werden einer Besteuerung mittels **Quellensteuer in Höhe von 35 %** unterliegen.

Die angeführten Änderungen im Bereich der Dividendenbesteuerung werden ab 1. Januar 2018 in Kraft treten, wobei sie sich auf Dividenden und Einkünfte beziehen werden, die **nach dem 31. Dezember 2017** ausgezahlt wurden.

Zugleich wurde die **Abschaffung von Krankenkassenbeiträgen** aus Dividenden, die derzeit 14 % betragen, vorgeschlagen.

Verrechnungspreisdokumentation

In den Bestimmungen, die die Verrechnungspreisdokumentation betreffen, wurden mehrere Begriffe näher spezifiziert und präzisiert, damit diese den Begriffen in den internationalen Dokumenten entsprechen und damit sie auch die bisher nicht definierten Beziehungen bzw. Bedingungen, bei welchen die Transaktionen abgeschlossen werden, umfassen.

Die Definition der **anderen Verbindung** wird erweitert, es werden darunter auch die **einzelnen Transaktionen** zwischen Subjekten verstanden, die zwecks Herabsetzung der Steuerbemessungsgrundlage oder Erhöhung des Steuerverlustes vorgenommen werden.

Anstelle des Begriffs gegenseitige Geschäftsbeziehung wird der Begriff **konzerninterner Geschäftsvorfall** eingeführt. Bei der Beurteilung der Transaktionen wird dabei deren tatsächlicher Inhalt berücksichtigt. **Außer dem Preis** werden bei der Beurteilung des gegenseitigen konzerninternen Geschäftsvorfalles **auch die Bedingungen** bei den konzerninternen Geschäftsvorfällen berücksichtigt, und zwar im Vergleich zu Bedingungen, die man bei den Transaktionen zwischen unabhängigen Personen angewendet hätte.

Aus dem Grund der genauen Auslegung wird zugleich das Recht des Steuersubjekts präzisiert, was bei dem Steuerverwalter beantragt werden kann. Das Steuersubjekt kann nicht nur die Abstimmung einer konkreten Bewertungsmethode, sondern auch die Abstimmung der **Verwendung** einer Bewertungsmethode, d.h. **Abstimmung der Art der Preisfestlegung bei Transaktionen** beantragen.

Der Steuerpflichtige kann auch beim Steuerverwalter die Erlassung der Entscheidung über die **einseitige** Genehmigung der Bewertungsmethode beantragen, und zwar wie aufgrund des Gesetzes so aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens.

Ferner wird in das Gesetz eine neue Bestimmung bezüglich der neuen Art der Sanktionierung für die vorsätzliche Steuerumgehung aufgrund aggressiver Steuerplanung durch Verrechnungspreise eingeführt.

Die Höhe der Sanktion für Subjekte, die ein Verwaltungsdelikt (Steuer in einer niedrigeren Höhe abgeführt haben) in Bezug auf konzerninterne Geschäftsvorfälle verüben, **wird verdoppelt** falls der Steuerverwalter diesen Geschäftsvorfall zugleich als wirtschaftlich unbegründet beurteilt hat, oder falls er zugleich festgestellt hat, dass das Ergebnis dieses Geschäftsvorfalles die zweckmäßige Umgehung der Steuerpflicht oder das Erzielen einer solchen Steuerbegünstigung, auf die das Steuersubjekt ansonsten keinen Anspruch hätte, oder dessen Ergebnis eine zweckmäßige Verringerung der Steuerpflicht ist.

Zugleich wird die Möglichkeit eingeräumt, dass die doppelte Sanktion nicht angewendet wird, falls der Steuerzahler den Fehler anerkennt und die Differenz der auferlegten Steuer innerhalb der bestimmten Frist erstattet. Die doppelte Sanktion wird auch in einem spezifischen Fall nicht angewendet, wo der Steuerzahler die Genehmigung der Bewertungsmethode beantragt hat, der Steuerverwalter jedoch mit der Bewertungsmethode und Art der Preisbestimmung nicht einverstanden ist, den Antrag abweist und eine Steuerprüfung einleitet.

Zugleich möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass in Finančný spravodajca Nr. 7/2016 eine **neue Leitlinie zur Bestimmung des Dokumentationsinhalts veröffentlicht wurde (Leitlinie Nr. MF/014283/ 2016-724)**.

Nach der Bezahlung anerkannte Ausgaben

Zwecks Gewährleistung der rechtlichen Sicherheit wurde präzisiert, dass die Bestimmung über die Anerkennung der Ausgaben erst nach der Bezahlung auch auf das **Entgelt für die Benutzung oder Gewährung des Rechtes auf Benutzung eines Gegenstands des gewerblichen Eigentums, IT Programmen, Knowhow, Urheberrechten usw. angewendet wird**. Das Angeführte findet zum ersten Mal bei der Einreichung der Steuererklärung nach dem 31. Dezember 2016 Anwendung.

> Novellierung des Umsatzsteuergesetzes

Von Peter Alföldi, Mária Jánošíková,
Rödl & Partner Bratislava

Im Zusammenhang mit der vorbereiteten Novellierung des Gesetzes Nr. 222/2004 Ges. Slg. über die Umsatzsteuer, die derzeit dem Gesetzgebungsverfahren unterliegt, möchten wir Ihnen gerne die vorgeschlagenen Änderungen näher bringen, die bei der Verabschiedung des Gesetzes in der vorgelegten Fassung ab 1. Januar 2017 in Kraft treten sollten.

Vorsteuerabzug durch die Steuererklärung, falls der Steuerzahler sog. Bauarbeiten liefert

Durch die Novellierung wird vorgeschlagen, die Möglichkeit der **doppelten Vorgehensweise** (Vorsteuerabzug durch die Steuererklärung vs. Geltendmachung der Steuererrückstattung durch Antrag - VAT Refund) aus den im Inland (SR) erworbenen Waren und Dienstleistungen **auszuschließen**, falls die ausländische Person, registriert als Steuerzahler in der SR, im Inland **Bauarbeiten** unter Geltendmachung der Übertragung der Steuerschuld ausübt, bzw. andere Tätigkeiten gemäß § 69 Abs. 12 Umsatzsteuergesetz ausübt, d.h. folgende Tätigkeiten: **Lieferung von Getreide und ölhaltigen Samen und Ölfrüchten, Lieferung von Eisen und Stahl und Gegenständen aus Eisen und Stahl, Lieferung von Mobiltelefonen, integrierten Schaltungen, Lieferung von Metalbfällen und Schrott, Lieferung von Immobilien und andere Tätigkeiten bzw. Lieferungen, bei denen die sog. inländische Übertragung der Steuerschuld möglich ist**.

Diese Person sollte also die Rückerstattung der für Waren und Dienstleistungen bezahlten Vorsteuer (im Inland erworbene Waren und Dienstleistungen) durch den **Antrag auf Vorsteuererrückstattung (VAT Refund)** geltend machen, falls sie im Inland nur Leistungen mit Übertragung der Steuerschuld ausübt.

Vorsteuerabzug durch die Steuererklärung – aus Lieferungen, die der inländischen Umkehrung der Steuerschuldnerchaft unterliegen

Die Novellierung präzisiert, dass eine **ausländische Person**, die als Steuerzahler gemäß § 5 des Umsatzsteuergesetzes registriert ist und die Bedingungen für die Vorsteuererrückstattung erfüllt (VAT Refund), das Recht hat, den Vorsteuerabzug **durch die Steuererklärung** geltend zu machen, wenn es sich um Fälle handelt, wo sie selbst die zur Zahlung der Umsatzsteuer aus diesen erworbenen, bzw. eingekauften Waren und Dienstleistungen verpflichtete Person ist. Es handelt sich um Fälle von **Warenerwerb im Inland aus einem anderen Mitgliedstaat, Kauf von Waren oder Dienstleistungen von einem anderen Steuerzahler im Inland mit Übertragung der Steuerschuld** (z. B. Übertragung der Steuerschuld gemäß § 69 Abs. 12 des Umsatzsteuergesetzes).

Vergütung für Zurückbehaltung des Vorsteuerüberschusses während der Steuerprüfung

Die Novellierung schlägt vor, dass falls die Steuerprüfung **länger als sechs Monate** ab dem Tag, an dem der Vorsteuerüberschuss zurückerstattet werden sollte, dauern wird, wird dem Steuerzahler eine finanzielle Vergütung (Zinsen aus dem Vorsteuerüberschuss) zuerkannt. Die angeführten Zinsen werden **in Höhe des doppelten Basiszinssatzes der EZB, bzw. 1,5 % p.a. von dem Betrag** des zurückerstatteten Vorsteuerüberschusses berechnet, und zwar für jeden Tag bis zu der Zurückerstattung.

Zugleich wird vorgeschlagen, dass festgelegt wird, dass falls die Steuerprüfung vor dem 1. Januar 2017 eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen wurde (nicht zum 1. Januar 2017 abgeschlossen wurde), der Steuerzahler auch Anspruch auf Zinsen aus dem Vorsteuerüberschuss hat.

Bauarbeiten

Durch die Gesetzesnovellierung will man auch die Unsicherheit lösen, die für Gesellschaften bei der Beurteilung und Kategorisierung von Bauarbeiten entsteht. Es wird eine rechtliche Fiktion eingeführt. Falls der Lieferant seine Lieferung als Bauarbeiten beurteilt oder Ware samt „Bau“- Installation und Montage liefert, und diese Information auch in der Rechnung anführt (Verweis: „Übertragung der Steuerschuld“), ist der Abnehmer nicht verpflichtet, diese Lieferungen zu prüfen und zu bewerten, sondern er nimmt an, dass er die zur Zahlung der Steuer verpflichtete Person ist, d.h. führt die inländische Umkehrung der Steuerschuldnerchaft durch.

Ausweisen der Bauarbeiten in der Kontrollmeldung

Im Teil A.2. der Kontrollmeldung werden unter anderem auch Angaben über geleistete Lieferungen der sog. „Bauarbeiten“ angeführt.

Umkehrung der Steuerschuldnerschaft bei Einfuhr aus Drittländern

Beim Inkrafttreten der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft bei der Einfuhr von Waren aus Drittländern durch den Steuerzahler wird die Verschiebung der Wirksamkeit so vorgeschlagen, damit ein genügender Zeitraum für die Vornahme der gesetzlichen Maßnahmen entsteht.

Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass die angeführten Novellierungen der Gesetze bis jetzt nicht verabschiedet wurden, und sich nur im Gesetzgebungsverfahren befinden. Aus diesem Grund kann es mit großer Wahrscheinlichkeit zu Änderungen der angeführten Bestimmungen kommen, über die wir Sie selbstverständlich informieren werden.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi
Steuerberater, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Änderungen im Rechnungslegungsgesetz und den Buchführungsverfahren

Von Katarína Chuchútová, Tomáš Sölský,
Rödl & Partner Bratislava

Änderungen im Rechnungslegungsgesetz, die am 1. Januar 2016 in Kraft traten

Das Gesetz Nr. 431/2002 Ges. Slg. über die Rechnungslegung (nachfolgend „Gesetz“) wurde durch das Gesetz Nr. 130 vom 6. Mai 2015 ergänzt und angepasst. Ein Teil der Bestimmungen dieses Gesetzes trat am 1. Juli 2015 in Kraft (wir haben Sie darüber im Mandantenbrief für September 2015 informiert). Die Bestimmungen, die am 1. Januar 2016 in Kraft traten, stellen den Gegenstand des folgenden Textes dar. Wir führen hier nur ausgewählte Änderungen an, die unsere Mandanten betreffen.

> Die Bewertung zum Wiederbeschaffungspreis wurde aufgehoben. An seiner Stelle wird bei den folgenden Vermögensarten der Realwert verwendet: unentgelt-

lich erworbene Vermögensgegenstände, aus dem Privatbesitz in die Unternehmenstätigkeit umgeordnete Vermögensgegenstände (mit Ausnahme von zu Nennwerten bewerteten Geldmitteln, Wertmarken und Forderungen), Anlagevermögen, neu ermittelt bei einer Bestandsaufnahme und bislang nicht erfasst in der Buchhaltung und Vermögensgegenstände, unentgeltlich angeschafft mittels öffentlicher Beschaffung vom Konzessionär für eine Leistung in Form einer Konzession für Bauarbeiten im Sinne des Gesetzes über öffentliche Beschaffung (§ 27 Abs. 2.).

Unter dem Realwert versteht man:

- den Marktpreis,
- den Wert, ermittelt an Hand eines Bewertungsmodells, welches überwiegend Informationen aus Operationen oder Kotierungen auf dem aktiven Markt oder einem anderen als dem aktiven Markt verwendet,
- ein Gutachten (falls der Realwert auf keine der vorigen Arten ermittelt werden kann).

Die Definition des Marktpreises wurde durch die Novelle angepasst, bzw. präzisiert (siehe § 27 Abs. 3). Es wurde zugleich ergänzt, dass falls die Transportkosten gekaufter Vermögensgegenstände vom Ort deren Unterbringung zum Ort ihrer Nutzung nicht unbeträchtlich sind, sollen diese dem Marktpreis angerechnet werden.

Falls der Marktpreis nicht bekannt ist, werden für die Schätzung des Realwertes Bewertungsmodelle verwendet. Diese gehen aus dem Folgenden aus:

- **marktorientierter Ansatz (market approach)**, der die durch Marktoperationen gebildete Informationen verwendet, z. B. den Preis eines ähnlichen Vermögensgegenstandes oder eines Vermögensgegenstandes, mit dessen Preis der Preis des bewerteten Vermögensgegenstandes korreliert. Bei Schuldvermögen wird der Zinssatz, die Ertragskurve oder die Risikomarge einer ähnlichen Art des Schuldinstruments mit einer ähnlichen Fälligkeit und einem ähnlichen Schuldner angewandt (§ 27 Abs. 7 Lit. a).
- **kostenorientierter Ansatz (cost approach)**, der auf dem Geldbetrag basiert, der zur Anschaffung eines Vermögensgegenstandes notwendig wäre, welcher für die Buchführungseinheit einen vergleichbaren Nutzen wie der bewertete Vermögensgegenstand hätte. Dieser soll vor allem auf die Bewertung von nicht finanziellen Vermögenswerten angewandt werden (§ 27 Abs. 7 Lit. b).
- **einkommensorientierter Ansatz (income approach)**, z. B. das Ertragswertverfahren (Discounted Cash Flow-Methode) (§ 27 Abs. 7 Lit. c).

> Festgesetzt wird die Möglichkeit, Wertpapiere und zum Verkauf bestimmte Anteile zum Realwert zu bewerten, und zwar sowohl bei der erstmaligen Verbu-

chung, als auch zum Bilanzstichtag. Sollte jedoch bei der Erstbewertung nicht der Realwert benutzt werden, kann die Bewertung zum Realwert zum Bilanzstichtag ebenfalls nicht benutzt werden (§ 27 Abs. 10).

- > Angepasst wurde die Definition der Anschaffungskosten: Anschaffungskosten sind Kosten, zu welchen ein Vermögensgegenstand angeschafft wurde, inklusive der Anschaffungsnebenkosten und aller Herabsetzungen dieser Anschaffungskosten. Es war vorher nicht eindeutig angeführt, dass die Anschaffungskosten auch Herabsetzungen der Anschaffungskosten berücksichtigen sollen.
- > Der novellierte § 28 Abs. 4 führt außer Anderem an, dass falls die Lebensdauer des Goodwills und der aktivierten Aufwendungen nicht verlässlich abgeschätzt werden kann, muss die Buchführungseinheit diese spätestens binnen fünf Jahren ab ihrer Anschaffung abschreiben. Diese Bestimmung wird auf Goodwill und aktivierte Entwicklungskosten, angeschafft nach dem 1. Januar 2016, angewandt.
- > Im § 3 Abs. 8 wird der Umkreis der Buchführungseinheiten, die die Buchungsperiode des Wirtschaftsjahres nicht geltend machen können, um die folgenden Buchführungseinheiten erweitert:
 - juristische Person mit Vermögensbeteiligung des Staates, gegründet nach Sondervorschriften (z. B. nach dem Gesetz über das Staatsunternehmen),
 - juristische Person mit Vermögensbeteiligung einer Gemeinde,
 - juristische Person mit Vermögensbeteiligung eines höheren Selbstverwaltungsgebiets.

Änderungen in den Buchführungsverfahren, die am 1. Januar 2016 in Kraft traten

Die Buchführungsverfahren für Unternehmer (Verfügung des Finanzministeriums der Slowakischen Republik vom 16. Dezember 2002 Nr. 23054/2002-92) wurden in Anknüpfung an die Änderungen im Gesetz angepasst, wovon einige oben angeführt sind. Im Zusammenhang mit der Annahme des Gesetzes Nr. 440/2015 Ges. Slg. über Sport wird in der Verfügung die Buchung des Sponsorenbeitrages im neuen Paragraphen § 52b festgesetzt.

Kontakt für weitere Informationen



Katarína Chuchútová
Wirtschaftsprüferin, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: katarina.chuchutova@roedl.sk

Právo

> Zákon o trestnej zodpovednosti právnických osôb

JUDr. Ján Urbánek, Lenka Valková,
Rödl & Partner Bratislava

Dňa 01.07.2016 nadobudol účinnosť zákon č. 91/2016 Z. z. o trestnej zodpovednosti právnických osôb. Uvedeným zákonom bola na území Slovenskej republiky zavedená pravá trestná zodpovednosť právnických osôb, čím si Slovenská republika splnila záväzky vyplývajúce jej z členstva v Európskej únii. Pred nadobudnutím účinnosti predmetného zákona existovala len nepravá trestná zodpovednosť právnických osôb, v dôsledku čoho bolo možné uložiť právnickej osobe iba 2 sankcie, a to ochranné opatrenie zhabania majetku, resp. zhabania peňažnej čiastky.

S účinnosťou od 01.07.2016 však bude možné za splnenia ďalších podmienok regulovaných zákonom uložiť právnickej osobe nasledovné druhy trestov:

- a) trest zrušenia právnickej osoby,
- b) trest prepadnutia majetku,
- c) trest prepadnutia veci,
- d) peňažný trest,
- e) trest zákazu činnosti,
- f) trest zákazu prijímať dotácie alebo subvencie,
- g) trest zákazu prijímať pomoc a podporu poskytovanú z fondov Európskej únie,
- h) trest zákazu účasti vo verejnom obstarávaní,
- i) trest zverejnenia odsudzujúceho rozsudku.

Zákon zároveň obsahuje taxatívny výpočet trestných činov, za ktoré bude možné postihnúť priamo právnickú osobu. Ide napr. o nasledovné trestné činy: neoprávnené zamestnávanie, daňové trestné činy, neoprávnené nakladanie s odpadmi, prijímanie úplatku, podplácanie, legalizácia príjmu z trestnej činnosti, poškodzovanie spotrebiteľa, nekalé obchodné praktiky voči spotrebiteľovi a i.

Za spáchanie uvedených trestných činov bude možné potrestať priamo právnickú osobu, ak budú spáchané v jej prospech, v jej mene, v rámci jej činnosti alebo jej prostredníctvom, ak konal

- a) štatutárny orgán alebo člen štatutárneho orgánu právnickej osoby,
- b) ten, kto vykonáva kontrolnú činnosť alebo dohľad v rámci právnickej osoby,
- c) iná osoba, ktorá je oprávnená zastupovať právnickú osobu alebo za ňu rozhodovať alebo
- d) ak osoba podľa písm. a) až c) nedostatočným dohľadom alebo kontrolou, ktoré boli jej povinnosťou, umožnila spáchať trestný čin osobou, ktorá konala v rámci oprávnení, ktoré jej boli zverené právnickou osobou.

Zákon o trestnej zodpovednosti právnických zároveň osôb novelizuje viacero osobitných zákonov, o. i. aj živnostenský zákon. V zmysle nových ustanovení živnostenského zákona budú živnostenské odbory okresných úradov skúmať pred udelením živnostenského oprávnenia aj bezúhonnosť samotnej právnickej osoby, a to na základe výpisu z registra trestov. V prípade zahraničných právnických osôb, ktoré vykonávajú funkciu štatutárneho orgánu u slovenských právnických osôb bude potrebné pri ohlásení živnosti predložiť aj výpis z registra trestov zahraničnej právnickej osoby.

> Zákon o odpadoch

JUDr. Ján Urbánek, Mgr. Lenka Valková

Rödl & Partner Bratislava

Dňa 01.01.2016 nadobudol účinnosť nový zákon č. 79/2015 Z. z. o odpadoch a o zmene a doplnení niektorých zákonov. Prechodné ustanovenia však posunuli účinnosť viacerých ustanovení zákona k dátumu 01.07.2016.

Zmeny zavedené novým zákonom sa dotýkajú predovšetkým výrobcov vyhradených výrobkov, pre ktorých zákon zavádza rozšírenú zodpovednosť výrobcov. Výrobcom vyhradeného výrobku sa pritom rozumie výrobca elektrozariadení, výrobca batérií a akumulátorov, výrobca obalov, výrobca vozidiel, výrobca pneumatík a výrobca neobalového výrobku.

Jednotlivé povinnosti stanovené zákonom o odpadoch bude možné plniť buď individuálne alebo kolektívne prostredníctvom organizácie zodpovednosti výrobcov, ktoré nahrádzajú oprávnené a kolektívne organizácie podľa pôvodného zákona. Zoznam organizácií zodpovednosti výrobcov, ktorým bola udelená autorizácia Ministerstvom životného prostredia je dostupný a pravidelne aktualizovaný na webovej stránke Ministerstva.

Zákon zavádza pre výrobcov vyhradeného výrobku nasledovné povinnosti:

- zaregistrovať sa v Registri výrobcov vyhradeného výrobku a oznamovať zmeny registrovaných údajov,
- ustanoviť splnomocneného zástupcu, ak má sídlo mimo územia SR,
- zabezpečiť materiálové zloženie vyhradeného výrobku, jeho konštrukciu a jeho označenie,
- plniť informačnú povinnosť vo vzťahu k verejnosti a k spracovateľovi vyhradeného prúdu odpadu,
- zabezpečiť plnenie cieľov ustanovených prílohou č. 3 zákona,
- zabezpečiť nakladanie s vyhradeným prúdom odpadu v súlade so zákonom,
- zabezpečiť zhodnotenie a recykláciu vyhradeného prúdu odpadu najmenej vo výške záväzných cieľov a limitov zhodnocovania a recyklácie pre vyhradený prúd odpadu,

- h) viesť a uchovávať evidenciu a ohlasovať ministerstvu údaje z nej v ustanovenom rozsahu a uchovávať ohlasované údaje,
- i) plniť informačnú povinnosť vo vzťahu ku konečným používateľom vyhradeného výrobku,
- j) vypočítať si svoj zberový podiel a trhovú podiel na základe údajov, ktoré zverejní ministerstvo na svojom webovom sídle do 30. apríla,
- k) zabezpečiť odobratie celého množstva oddelene vyzbieranej zložky komunálneho odpadu.

Výrobca vyhradeného výrobku, ktorý nie je zaregistrovaný v Registri výrobcov podľa písm. a) nesmie uvádzať vyhradené výrobky na trh Slovenskej republiky, tzn. že do registra výrobcov je podľa novej právnej úpravy nevyhnutné zaregistrovať sa ešte pred uvedením vyhradeného výrobku na trh Slovenskej republiky.

Okrem už uvedených povinností vznikajú výrobcovi vyhradených výrobkov viaceré špecifické povinnosti, stanovené v závislosti od druhu vyhradeného výrobku.

Vzhľadom na skutočnosť, že individuálne plnenie povinností nie je pre väčšinu spoločností efektívne, je najčastejším spôsobom plnenia jednotlivých povinností ich plnenie prostredníctvom organizácie zodpovednosti výrobcov. Výrobca vyhradeného výrobku v tomto prípade uzatvára s organizáciou zmluvu, pričom mu zo zákona vznikajú ďalšie povinnosti, a to:

- uhradiť skutočné náklady (vzniknuté so zabezpečením zberu, prepravy, prípravy na opätovné použitie, zhodnotenia, recyklácie, spracovania a zneškodnenia oddelene vyzbieraného odpadu)
- poskytnúť pravdivé a úplné údaje
- bezodkladne oznámiť každú zmenu údajov
- predložiť na vyžiadanie doklady preukazujúce správnosť poskytnutých údajov.

Zodpovednosť za plnenie vyhradených povinností pritom prechádza pri kolektívnom plnení na príslušnú organizáciu zodpovednosti výrobcov, s výnimkou povinnosti zabezpečenia plnenia cieľov a limitov a zabezpečenia zhodnotenia a recyklácie – v tom prípade zodpovednosť síce zostáva na výrobcovi, ich zabezpečenie ale prebieha prostredníctvom organizácie.

Okrem vyššie uvedeného dochádza s účinnosťou k 31.12.2016 k zrušeniu Recyklačného fondu. Povinnosti výrobcu a dovozcu platiť príspevkov a ohlasovať údaje z evidencie Recyklačnému fondu zanikajú k 30.06.2016.

Nový zákon o odpadoch obsahuje široké spektrum sankcií za nespĺnenie si povinností výrobcu, napríklad za nespĺnenie registračnej povinnosti je možné udeliť pokutu od 1200,- do 120 000,- EUR. Rozsah pokút je v závislosti od závažnosti porušenia povinnosti stanovený od 500,- do 350 000,- EUR.

Kontakt pre ďalšie informácie



JUDr. Ján Urbánek

advokát (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-mail: jan.urbanek@roedl.sk

Dane

> Novela zákona o dani z príjmov

Peter Alföldi, Mária Jánošíková,
Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti s pripravovanou novelou zákona č. 595/2003 Z.z. o dani z príjmov, ktorá je momentálne v legislatívnom procese, by sme Vás radi informovali o navrhovaných zmenách, ktoré by v prípade schválenia zákona v nezmenenej forme, mali platiť od 1. januára 2017 a od 1. januára 2018.

Zmena v sadzbe dane z príjmov právnickej osoby

Novelou sa navrhuje **zniženie sadzby dane z príjmov právnickej osoby** z doterajších 22 % na **21 %**. Uvedená sadzba sa prvýkrát použije za zdaňovacie obdobie, ktoré začína najskôr 1. januára 2017.

Zdaňovanie dividend a iných príjmov

> **Fyzické osoby** – v prípade fyzických osôb budú zdaneniu podliehať:

- **podiel na zisku (dividenda)** vyplácaný zo zisku obchodnej spoločnosti alebo družstva určeného na rozdelenie osobám, ktoré sa podieľajú na ich základnom imaní, alebo členom štatutárneho alebo dozorného orgánu obch. spoločnosti alebo družstva, a to aj v prípade, ak sú zamestnancami tejto obch. spoločnosti alebo družstva,
- **podiel na zisku (dividenda)** vyplácaný obchodnou spoločnosťou alebo družstvom **zamestnancovi** bez účasti na základnom imaní tejto spoločnosti alebo družstva,
- **podiel na likvidačnom zostatku** obchodnej spoločnosti alebo družstva,
- **vyrovnač podiel,**
- **podiel na výsledku podnikania** vyplácaný tichému spoločníkovi,

- **podiel člena pozemkového spoločenstva** s právnou subjektivitou na zisku a na majetku určenom na rozdelenie medzi členov pozemkového spoločenstva,
- **podiel na likvidačnom zostatku pozemkového spoločenstva s právnou subjektivitou.**

Ak budú vyššie uvedené príjmy **vyplatené** tuzemskej fyzickej osobe, prípadne fyzickej osobe nerezidentovi do zahraničia, budú podliehať zdaneniu **zrážkovou daňou vo výške 15 %** resp. **sadzbu dane podľa zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia**. Výnimku budú tvoriť fyzické osoby, ktoré sú **daňovníkmi nezmluvných štátov**, ktorým sa tieto príjmy budú zdaňovať **zrážkovou daňou vo výške 35 %**.

Ak budú takéto príjmy **plynúť** fyzickej osobe **zo zahraničia**, zdania sa takéto príjmy **prostredníctvom daňového priznania** ako osobitný základ dane sadzbou dane **vo výške 15 % alebo 35 %** (v prípade, ak budú plynúť zo zdrojov v nezmluvnom štáte).

- > **Právnické osoby** – v prípade právnických osôb nebudú zdaneniu podliehať vyššie uvedené druhy príjmov (rovnaké ako v prípade fyzických osôb), ak budú vyplácané medzi právnickými osobami v rámci SR, prípadne daňovníkom z/do štátov s ktorým má SR uzatvorenú zmluvu o zamedzení dvojitého zdanenia, alebo medzinárodnú zmluvu o výmene informácií.
- > Zdaneniu budú podliehať iba hore uvedené príjmy:
 - **prijaté** právnickou osobou so sídlom (alebo miestom skutočného vedenia) na území Slovenskej republiky od právnickej osoby, ktorá je daňovníkom nezmluvného štátu; tieto príjmy sa zdania **prostredníctvom daňového priznania** ako osobitný základ dane sadzbou dane **vo výške 35 %**.
 - **vyplácané** právnickej osobe, ktorá je daňovníkom nezmluvného štátu od právnickej osoby, ktorá má sídlo (alebo miesto skutočného vedenia) na území Slovenskej republiky; tieto príjmy budú podliehať zdaneniu **zrážkovou daňou vo výške 35 %**.

Uvedené zmeny v oblasti zdaňovania dividend nadobudnú účinnosť 1. januára 2018, pričom sa budú vzťahovať na dividendy a príjmy vyplatené **po 31. decembri 2017**.

Zároveň sa navrhuje **zrušenie zdravotných odvodov** z dividend, ktoré sú v súčasnosti na úrovni 14 %.

Transferová dokumentácia

V ustanoveniach týkajúcich sa transferovej dokumentácie sa bližšie vyšpecifikovali a precizovali viaceré pojmy, tak aby boli v súlade s pojmi v medzinárodných dokumentoch, a aby pokrývali doteraz nedefinované prepojenia prípadne podmienky, pri ktorých sú transakcie uzatvárané.

Rozširuje sa definícia **iného prepojenia**, pod ktorým sa budú rozumieť aj **jednotlivé transakcie** medzi subjektmi, ktoré vznikajú za účelom zníženia základu dane alebo zvýšenia daňovej straty.

Namiesto pojmu vzájomný obchodný vzťah sa zavádza pojem **kontrolovaná transakcia**. Pri posudzovaní transakcií sa do úvahy bude brať pritom jej skutočný obsah. **Okrem ceny** bude pri posudzovaní vzájomnej kontrolovanej transakcie potrebné skúmať **aj podmienky** pri kontrolovaných transakciách vo vzťahu k podmienkam, ktoré by sa použili v transakciách medzi nezávislými osobami.

Zároveň sa z dôvodu presného výkladu precizuje právo daňového subjektu, o čo môže požiadať správcu dane. Daňový subjekt môže požiadať nielen o odsúhlasenie konkrétnej metódy ocenenia, ale aj o odsúhlasenie **použitia** metódy ocenenia, t.j. **o odsúhlasenie spôsobu určenia ceny transakcií**.

Daňovník môže taktiež požiadať správcu dane aj o vydanie rozhodnutia o **jednostrannom** odsúhlasení použitia metódy ocenenia, a to tak na základe zákona ako aj na základe zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia.

Do zákona sa taktiež zavádza nové ustanovenie týkajúce sa nového spôsobu sankcionovania za úmyselné vyhýbanie sa plateniu daní z dôvodu agresívneho daňového plánovania prostredníctvom transferového oceňovania.

Zdvojnásobuje sa výška sankcie pre subjekty, ktoré sa dopustia správneho deliktu (odviedli daň v nižšej výške) vo vzťahu ku kontrolovaným transakciám a zároveň správca dane precharakterizoval túto transakciu za ekonomicky neopodstatnenú, ktorej výsledkom bolo účelové obchádzanie daňovej povinnosti alebo získanie takeého daňového zvýhodnenia, na ktoré by inak nebol daňový subjekt oprávnený, alebo ktorého výsledkom je účelové zníženie daňovej povinnosti.

Zároveň sa pripúšťa možnosť, že takto zdvojnásobne zvýšená sankcia sa neuplatní, ak daňovník uzná pochybenie a zaplatí rozdiel vyrubenej dane v stanovenej lehote. Dvojnásobná sankcia sa taktiež neuplatní ani v špecifickom prípade, kedy daňovník požiadal o odsúhlasenie použitia metódy ocenenia, ale správca dane nesúhlasí s metódou ocenenia a spôsobom určenia ceny a žiadosť zamietne a začne daňovú kontrolu.

Zároveň chceme upozorniť, že vo finančnom spravodajcovi č. 7/2016 bolo vydané **nové usmernenie o určení obsahu dokumentácie (Usmernenie č. MF/O14283/2016-724)**.

Výdavky uznané po zaplatení

Z dôvodu zabezpečenia právnej istoty bolo sprecizované, že ustanovenie o uznaní výdavkov až po zaplatení sa bude aplikovať aj na **odplaty za použitie alebo poskytnutie práva na použitie predmetu priemyselného vlastníctva, počítačových programov, know how, autorských práv atď.** Uvedené sa prvýkrát použije pri podaní daňového priznania po 31. decembri 2016.

> Novela zákona o dani z pridanej hodnoty

Peter Alföldi, Mária Jánošíková,
Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti s pripravovanou novelou zákona č. 222/2004 Z. z. o dani z pridanej hodnoty, ktorá je momentálne v legislatívnom procese, by sme Vás radi informovali o navrhovaných zmenách, ktoré by v prípade schválenia zákona v nezmenenej forme, mali platiť od 1. januára 2017.

Odpočítanie dane cez daňové priznanie, ak platiteľ dodáva tzv. stavebné práce

Novelou sa navrhuje, aby bola **odstránená možnosť dvojakeho postupu** (odpočítanie dane na vstupe cez daňové priznanie verzus uplatnenie vrátenia dane cez žiadosť - VAT Refund) z tovarov a služieb kúpených v tuzemsku (SR), v prípade ak zahraničná osoba, registrovaná ako platiteľ dane na území SR, uskutočňuje v tuzemsku **stavebné práce** s uplatnením prenosu daňovej povinnosti, resp. uskutočňuje iné činnosti v zmysle § 69 ods. 12 zákona o DPH, t.j. zjednodušene povedané uskutočňuje **dodanie obilnín, a olejnatých semien a plodov, dodanie železa a ocele a predmetov zo železa a ocele, dodanie mobilných telefónov, integrovaných obvodov, dodanie kovového odpadu a šrotu, dodanie nehnuteľností a ostatné činnosti resp. dodania, pri ktorých je možný tzv. tuzemský prenos daňovej povinnosti**.

Takáto osoba by si teda mala uplatniť vrátenie dane zaplatenej za tovary a služby (tovary a služby kúpené v tuzemsku) cez **žiadosť o vrátenie dane (VAT Refund)**, ak uskutočňuje v tuzemsku len plnenia s prenosom daňovej povinnosti.

Odpočítanie dane cez daňové priznanie – z dodaní, ktoré podliehajú tuzemskému samozdaneniu

Novelou sa spresňuje, že **zahraničná osoba**, ktorá je registrovaná ako platiteľ dane podľa § 5 zákona o DPH, a spĺňa podmienky na vrátenie dane (VAT Refund), má právo uplatniť odpočítanie dane **prostredníctvom daňového priznania**, ak ide o prípady, keď je povinná platiť daň z nadobudnutých resp. nakúpených tovarov a služieb. Ide o prípady **nadobudnutia tovaru v tuzemsku z iného členského štátu, kúpu tovaru alebo služby od iného platiteľa dane v tuzemsku s prenosom daňovej povinnosti** (napr. prenos daňovej povinnosti podľa § 69 ods. 12 zákona o DPH).

Náhrada za zdržanie nadmerného odpočtu počas daňovej kontroly

Novelou sa navrhuje, aby v prípade, že daňová kontrola bude trvať **viac ako šesť mesiacov** odo dňa, kedy mal byť nadmerný odpočet vrátený, bola platiteľovi dane priznaná peňažná náhrada (úrok z nadmerného odpočtu). Uvedený úrok sa vypočíta **vo výške dvojnásobku základnej úrok. sadzby ECB resp. 1,5 % ročne** zo sumy vráteného nadmerného odpočtu, a to za každý deň až do jeho vrátenia.

Zároveň sa navrhuje ustanoviť, že ak daňová kontrola začala pred 1. januárom 2017, ale nebola ešte skončená (nebola skončená k 1. januáru 2017), platiteľ má tiež nárok na úrok z nadmerného odpočtu.

Stavebné práce

Novelou zákona sa navrhuje riešiť aj neistotu, ktorá vzniká spoločnostiam pri posudzovaní a zatriedňovaní stavebných prác. Zavádza sa právna fikcia. V prípade, že dodávateľ posúdi svoje dodanie ako stavebnú prácu alebo dodá tovar so „stavebnou“ inštaláciou a montážou, a túto informáciu uvedenie aj na faktúru (odkaz: „prenesenie daňovej povinnosti“), odberateľ nie je povinný skúmať a posudzovať tieto dodania, ale má sa za to, že je osobou povinnou platiť daň, t.j. vykoná tuzemské samozdanenie.

Vykazovanie stavebných prác v kontrolnom výkaze

Do kontrolného výkazu v časti A.2. sa budú okrem iného uvádzať aj údaje o poskytnutých dodaniach tzv. „stavebných prác“.

Samozdanie pri dovoze z tretích štátov

V prípade zavedenia účinnosti samozdania pri dovoze tovaru z tretích štátov platiteľom dane sa navrhuje presunutie účinnosti tak, aby bol vytvorený dostatočný časový priestor na vykonanie legislatívnych opatrení.

Ešte raz by sme chceli upozorniť, že uvedené novely zákonov zatiaľ nie sú schválené, ale nachádzajú sa zatiaľ iba v legislatívnom procese a z tohto dôvodu môže s veľkou pravdepodobnosťou dôjsť k zmenám uvedených ustanovení, o ktorých Vás budeme informovať.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Ekonomika

> Zmeny v Zákone o účtovníctve a v Postupoch účtovania

Katarína Chuchútová, Tomáš Sölský,
Rödl & Partner Bratislava

Zmeny v Zákone o účtovníctve, ktoré nadobudli účinnosť 1. januára 2016

Zákon č. 431/2002 Z. z. o účtovníctve (ďalej len „zákon“) bol doplnený a upravený zákonom č. 130 zo 6. mája 2015. Časť ustanovení tohto zákona nadobudla účinnosť dňa 1. júla 2015 (informovali sme Vás v Mandantnom liste september 2015). Ustanovenia, ktoré nadobudli účinnosť dňa 1. januára 2016, sú predmetom nasledujúceho textu. Uvádzame len vybrané zmeny, ktoré sa týkajú našich klientov.

- > Oceňovanie reprodukčnou obstarávacou cenou bolo zrušené. Namiesto nej sa pri nasledujúcich druhoch majetku bude používať reálna hodnota: bezodplatne nadobudnutý majetok, majetok preradený z osobného vlastníctva do podnikania (okrem peňažných prostriedkov, cenín a pohľadávok ocenených menovitými hodnotami), nehmotný majetok a hmotný majetok novozistený pri inventarizácii a v účtovníctve doteraz nezachytený a majetok obstaraný verejným obstarávateľom bezodplatne od koncesionára za plnenie vo forme koncesie na stavebné práce podľa zákona o verejnom obstarávaní (§ 27 ods. 2.).

Reálnou hodnotou sa rozumie:

- trhovú cenu,
- hodnotu zistenú oceňovacím modelom, ktorý využíva prevažne informácie z operácií alebo kotácií na aktívnom trhu, alebo inom ako aktívnom trhu,
- posudok znalca (ak nie je možné zistiť reálnu hodnotu predchádzajúcimi spôsobmi).

Definícia trhovej ceny bola novelou upravená, resp. spresnená (viď. § 27 ods. 3). Zároveň bolo doplnené, že ak náklady na dopravu kúpeného majetku z miesta jeho uloženia na miesto jeho použitia nie sú zanedbateľné, majú sa pripočítať k trhovej cene.

Ak trhovú cenu nie je známa, použijú sa na odhad reálnej hodnoty oceňovacie modely. Tieto vychádzajú z:

- **trhového prístupu**, ktorý používa informácie vytvárané operáciami na trhu, napríklad cenu podobného majetku alebo majetku, s cenou ktorého cena oceňovaného majetku koreluje. Pri dlhovom majetku úrokovú sadzbu, výnosovú krivku alebo rizikovú maržu podobného druhu dlhového nástroja,

- s podobnou splatnosťou a podobným dlžníkom (§ 27 ods. 7 písmeno a).
- **výdavkového prístupu**, ktorý vychádza z peňažnej sumy, ktorú by bolo potrebné vydať na obstaranie majetku, ktorý by mal pre účtovnú jednotku porovnateľný prínos ako oceňovaný majetok. Používať sa má najmä na ocenenie nefinančného majetku (§ 27 ods. 7 písmeno b).
 - **príjmového prístupu**, napríklad model súčasnej hodnoty budúcich príjmov (§ 27 ods. 7 písmeno c).
- > Ustanovuje sa možnosť oceniť cenné papiere a podiely určené na predaj reálnou hodnotou, a to pri prvotnom zaúčtovaní, ako aj ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka. Ak sa však pri prvotnom ocenení nepoužije reálna hodnota, nemôže sa ocenenie reálnou hodnotou použiť ani ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka (§ 27 ods. 10).
- > Bola upravená definícia obstarávacej ceny: Obstarávacou cenou je cena, za ktorú sa majetok obstaral vrátane nákladov súvisiacich s obstaraním a všetky zníženia tejto obstarávacej ceny. Predtým nebolo jednoznačne uvedené, že obstarávacia cena má zohľadniť aj zníženia obstarávacej ceny.
- > Novelizovaný § 28 ods. 4 okrem iného hovorí, že ak sa nedá životnosť goodwillu a aktivovaných nákladov na vývoj spoľahlivo odhadnúť, musí ich účtovná jednotka odpísať najneskôr do piatich rokov od ich obstarania. Toto ustanovenie sa použije na goodwill a aktivované náklady na vývoj obstarané po 1. januári 2016.
- > V § 3 ods. 8 sa rozširuje okruh účtovných jednotiek, ktoré si nemôžu uplatniť účtovné obdobie hospodársky rok, o nasledovné účtovné jednotky:
- právnická osoba s majetkovou účasťou štátu založená podľa osobitných predpisov (napr. podľa zákona o štátnom podniku),
 - právnická osoba s majetkovou účasťou obce,
 - právnická osoba s majetkovou účasťou vyššieho územného celku.

Zmeny v postupoch účtovania, ktoré nadobudli účinnosť od 1. januára 2016

Postupy účtovania pre podnikateľov (Opatrenie Ministerstva financií Slovenskej republiky zo 16. decembra 2002 č. 23054/2002-92) boli upravené v nadväznosti na zmeny v zákone, z ktorých niektoré sú uvedené vyššie. V súvislosti s prijatím zákona č. 440/2015 Z. z. o športe sa v Opatrení stanovuje účtovanie sponzorského v novom paragrafe § 52b.

Kontakt pre ďalšie informácie



Katarína Chuchútová

audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: katarina.chuchutova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znášzorujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe September 2016
Mandantný list, vydanie september 2016

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.